

Unser Geldsystem XXV – Free Banking oder die Entnationalisierung des Geldes

Von Heiner Flassbeck | 17.09.2014 (editiert am 25.05.2016)

Bevor wir unsere eigenen Vorstellungen darlegen, wie das Geldsystem der Zukunft aussehen müsste, wollen wir noch auf zwei weitere Varianten eingehen, die derzeit heftig diskutiert werden. Free Banking und die Modern Monetary Theory (MMT). Zu ersterem schreibt uns ein Leser: „In der letzten Zeit höre ich im Umfeld der AfD und nicht nur dort (es gibt Hayek-Gesellschaften) Vorschläge, man solle das jetzige System der Zentralbanken aufgeben und ersetzen durch ein Geldwesen, in dem Geld durch Private geschaffen und bereitgestellt wird. Dies orientiert sich u.a. an Vorschlägen von Hayek und wird "Free Banking" genannt.

Als Argumente für Free Banking werden genannt:

- a) Die heutige Finanzkrise sei durch das jetzige System, gekennzeichnet durch Zentralbanken, Geschäftsbanken und Mindestreserven ("fractional money"), verursacht oder zumindest mitverursacht worden;
- b) das jetzige System gebe den Zentralbanken ein Monopol und sei daher unvereinbar mit einer freien Marktwirtschaft, die Monopole generell ablehne;
- c) der Wettbewerb zwischen den Banken bewirke, dass "gutes Geld" "schlechtes" verdränge, wodurch Inflation gebremst oder verhindert würde;
- d) das jetzige System gebe den Banken unverdientes Einkommen durch das ihnen von der Zentralbank verliehene Geldschöpfungsrecht;
- e) auch der "Cantillon-Effekt" sei sehr unfair;
- f) es gibt möglicherweise noch mehr."

In der Tat ist das Monopol der Zentralbanken vielen libertären Geistern ein Dorn im Auge, den sie so schnell wie möglich zu beseitigen versuchen. Leider ist ihnen nicht sehr viel Gescheites dazu eingefallen, wie man das System ohne staatliches Monopol gestalten könne.

Weit verbreitet ist der Vorschlag von Friedrich August von Hayek, die Geldversorgung zu entnational-

isieren und sie vollständig den Banken zu überlassen. Wir haben dazu in „Unser Geldsystem XIV“ schon geschrieben:

„Das ganze Konzept etwa, auf das sich Hayeks „Entnationalisierung des Geldes“ stützt, steht und fällt mit der Funktionsweise des Devisenmarktes. Natürlich kann man jeder einzelnen Bank das Recht geben, nicht nur Kredit zu schaffen und damit Geld zu erzeugen, sondern man kann ihr auch die Möglichkeit geben, eigenes Geld zu emittieren. Nur, was wäre damit gewonnen? Sind die Wechselkurse wieder absolut fest, kann man sich die Übung sparen, weil sie alles nur komplizierter macht und am Ende doch der Anker des Systems ein staatlicher Anker sein wird. Lässt man hingegen die verschiedenen privaten Währungen frei floaten, produziert man Chaos, das die Menschen schließlich vollends das Vertrauen in jegliches Geldsystem verlieren lässt.“

Ich habe dazu in meinem Buch „Preise, Zins und Wechselkurs“ (erschienen 1987 bei Mohr-Siebeck in Tübingen und wohl noch verfügbar) noch ein wenig weiter ausgeholt:

Seit Mitte der siebziger Jahre wird vor allem in Europa die Idee diskutiert, dem Staat das Monopol für die Geldausgabe zu entziehen und die "Produktion" von Währungen – wie die Produktion von freien Gütern – dem Wettbewerb von Unternehmen, in diesem Falle den Banken, zu überlassen. Den neueren Denkanstoß dazu hat zweifellos Hayek gegeben wenn auch die Grundüberlegung schon Mitte des 19. Jahrhunderts aufgetaucht ist. Daneben wird vorgeschlagen, die stockende geldpolitische Integration der europäischen Länder durch einen Übergang von nationalen Währungen zu einer europäischen Einheitswährung im Zuge der Einführung einer Parallelwährung zu beschleunigen. ...

Jeder Vorschlag, Währungswettbewerb zuzulassen, sieht sich zunächst dem Einwand ausgesetzt, der unter dem Namen "Greshamsches Gesetz" bekannt geworden ist. Danach tendiert in einem System zweier konkurrierender Währungen die schlechtere Währung dazu, die bessere zu verdrängen. Auch Hayek sieht sich gezwungen, zu diesem Einwand Stellung zu nehmen. Seine Stellungnahme zum Greshamschen Gesetz ist gleichzeitig (erstaunlicherweise) die einzige Stelle, an der er explizit eine Aussage zu den Austauschrelationen der miteinander im Wettbewerb stehenden Währungen macht.

Hayek wendet gegen den Vorwurf der Gültigkeit des Greshamschen Gesetzes ein, dass dieses nur gelte, "wenn eine feste Tauschrelation zwischen den verschiedenen Geldarten festgesetzt ist". Bofinger hat die Bedingungen für die Gültigkeit des Gesetzes noch schärfer herausgearbeitet. Er stellt fest, dass die gesetzliche Festlegung des Austauschverhältnisses von zwei Zahlungsmitteln hinreichend ist, wenn – als notwendige Bedingung – es am Markt lohnend erscheint, ein Objekt zu einer anderen als der Zahlungsmittelfunktion (Horten, Einschmelzen oder Exportieren) zu benutzen. Bei unabänderlich festen Wechselkursen kann folglich nur die andere Verwendung des einen Zahlungsmittels (Einschmelzen) seine Höherwertigkeit begründen. In einem System von Papierwährungen gibt es jedoch keine dem Zahlungsmittel eigene Höherwertigkeit. Die Änderung des Wertes einer Papierwährung hängt – bei festen Wechselkursen – allein von der zu erzielenden (realen) Rendite (Verzinsung) dieser Währung ab.

Diese einfachen Zusammenhänge bringen die Hayeksche Analyse in ein Dilemma. Da Hayek zeigen will, dass in einem System konkurrierender Währungen sich dauerhaft die stabilste (kaufkraftsicherste) Währung durchsetzt, muss er das Greshamsche Gesetz ablehnen. Er kann es aber nur ablehnen,

wenn er "flexible Tauschrelationen" zulässt, die dazu führen, dass „das Geld minderer Qualität mit einem niedrigeren Kurs bewertet" wird. Doch damit wird Hayeks Analyse zusätzlich mit den Informationsproblemen des Devisenmarktes belastet, die zwar dazu führen können, dass sich das Greshamsche Gesetz umkehrt, die dies aber keineswegs garantieren und somit keineswegs die Frage der Attraktivität von Währungen nach der einfachen Hayekschen Regel der Kaufkraftstabilität entscheiden. Selbst wenn Hayek nicht von reinem Papiergeld, sondern von Einlöslichkeit (warengesichertem Geld) ausginge, bliebe die Problematik der Determination der Wechselkurse unverändert.

Hayek diskutiert in seinen Arbeiten keine der Implikationen flexibler Wechselkurse für die im Wettbewerb stehenden Währungen. Es ist aber aus den obigen theoretischen Ableitungen und den bisherigen Erfahrungen mit flexiblen Wechselkursen eindeutig, dass die Dominanz des Kapitalverkehrs in jedem Währungssystem mit regionalen, sektoralen oder nach anderen Kriterien abgegrenzten Währungen, deren Austauschrelationen dem Devisenmarkt überlassen sind, zu Bewertungen der einzelnen Währungen führen kann, die nicht mehr im Kontakt mit "fundamentalen" Gegebenheiten des Währungsgebietes stehen. Zu diesen fundamentalen Gegebenheiten gehört zweifellos auch die Kaufkraft der Währungen. Wenn das aber so ist, dann sind die Hayekschen Vorstellungen über einen nach der Regel "Kaufkraftsicherung" ablaufenden Währungswettbewerb und den damit verbundenen Disziplinierungszwang für die weniger stabilen Währungen hinfällig.

Unverständlich bleibt, wie Hayek einerseits – in völliger Übereinstimmung mit seiner Arbeit von 1937 – feststellen kann: "Ich bleibe daher jedem monetären Nationalismus oder flexiblen Wechselkursen zwischen nationalen Währungen ebenso abgeneigt wie immer", andererseits aber für das System des Währungswettbewerbs nur den lapidaren Satz bereithält: "Doch ziehe ich es nun vor, dass monetäre Grenzen ganz und gar abgeschafft werden, statt lediglich die nationalen Währungen zu einem festen Kurs gegeneinander austauschbar zu machen". Hayek übergeht schlicht das Problem, das jedes Währungssystem in dem es mehr als eine Währung oder absolut feste Wechselkurse gibt, Grenzen aufweisen muss. Ob diese regional, national, sektoral oder nach Güterkörben bestimmt sind, ist für die Frage der Anpassungseffizienz (der Allokationen der Ressourcen) in Systemen flexibler Wechselkurse höchstens von sekundärer Bedeutung. ...

Das führt zu einer weiteren und sicherlich der bedeutendsten Inkonsistenz des Hayekschen Planes. Wer es als "... völlig unerwünscht (ansieht), dass die Preisstruktur bei Gütern und Dienstleistungen in einem Land im Verhältnis zur Preisstruktur anderer Länder im ganzen angehoben oder gesenkt werden sollte, um so gewisse Verschiebungen des Angebots von und der Nachfrage nach einzelnen Gütern zu korrigieren", muss flexible Wechselkurse zwischen Währungen gleich welcher Art für völlig unerwünscht halten. Jede Art von Wechselkursänderung muss, da sie als Preisniveauänderung wirksam wird, eine "Zerrüttung der gesamten Struktur der relativen Preise" (Hayek) zur Folge haben. Hayek verurteilt diese "Zerrüttung" zwar als die gefährlichste Folge der Inflation, er problematisiert sie nicht als notwendige Folge von Wechselkursänderungen. Und dies, obwohl ohne Zweifel die Zerrüttungen durch Wechselkursänderungen zumindest ebenso große Evidenz beanspruchen können wie die durch Inflation ausgelösten. Wechselkursänderungen sind Niveauänderungen, die sowohl infolge der durch sie ausgelösten Erwartungseffekte als auch direkt die Einzelpreise berühren und dadurch die Allokationsergebnisse jedes Marktes ändern.

Insgesamt gesehen sind die Hayekschen Vorschläge unbrauchbar, solange die sich daraus ergebenden Folgen für die Währungsverhältnisse im Dunkeln bleiben. Hayek selbst vollzieht mit seinem Plan der Entnationalisierung des Geldes – trotz seiner eigenen Dementis – eine vollständige Abkehr von seinen früheren Auffassungen. Das wäre nicht weiter zu beklagen, würde nicht genau dadurch sein Konzept – Bekämpfung der Inflation aus Allokationsgründen und flexible Wechselkurse – inkonsistent. Die Erfahrung mit flexiblen Wechselkursen in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass nahezu jede Allokationsfolge im Bereich des Möglichen liegt und dass enorme Allokationsveränderungen normale Begleiterscheinungen eines Systems flexibler Wechselkurse sind.

Der Plan, Währungswettbewerb in den heutigen Nationalstaaten durch die freie Ausgabe von privat zu emittierenden Währungen zuzulassen, ist auf dem Kontinuum zwischen einer Weltwährung auf der einen Seite und einer Tauschwirtschaft auf der anderen sicher ein weiterer Schritt in Richtung der Letzteren.“

Hinzufügen muss man noch, dass insbesondere die Spekulation mit Währungen (wir haben das [hier](#) analysiert) schon jetzt extrem negative Wirkungen hat. Das würde in einem System mit privaten und durch flexible Wechselkurse verbundenen Währungen noch einmal potenziert.

Das Monopol der Zentralbanken abzuschaffen, bedeutet eben nicht, dass eine optimale Geldmenge geschaffen wird. Wie wir in dieser Serie viele Male gezeigt haben, kann es diese optimale Geldmenge nicht geben, weil wir – ganz im Hayekschen Sinne einer spontanen Ordnung übrigens – fast nichts über die Zukunft des Systems wissen. Weil das System nur über den Zins und nicht über eine Geldmenge gesteuert werden kann, braucht man die permanente Intervention des Staates via Zentralbank, um es überhaupt dahin zu bringen, dass es seine überlegene Effizienz an den Tag legen kann. Mit libertären Ideen kommt man da keinen Zentimeter weit.

Es ist sogar so, dass diejenigen, die gerne die Geldpolitik „objektivieren“, also dem Einfluss des Staates entziehen wollen, Annahmen machen müssen, wie man sie üblicherweise für eine Planwirtschaft macht. Man definiert ein Produktionspotenzial, man legt dessen Wachstumsrate in der Zukunft per staatlichem Beschluss fest und man stellt dem System genauso viel Geld zur Verfügung, wie es die „staatliche Plankommission“ für richtig hält.

Daraus gibt es den intellektuellen Ausweg nicht, die Geldmenge einmal festzulegen und einfach fest zu lassen. Das würde vermutlich bedeuten, dass man ein deflationäres System schafft, bei dem bei permanenter Knappheit von Geld die Zinsen dauernd zu hoch für eine vernünftige Investitionstätigkeit sind. In einer wachsenden bzw. potenziell wachsenden Wirtschaft die Geldmenge absolut konstant zu lassen, ist aber auch ein gewaltiger und folgenschwerer Eingriff des Staates, der durch nichts zu rechtfertigen ist, zumal, wenn man statt Deflation lieber stabile Preise hätte.

Bei den Punkten d) (unverdientes Einkommen der Banken durch Geldschöpfung) und e) (Cantillon-Effekt) unseres Lesers muss man zugeben, dass bestimmte Verteilungseffekte bei der Ausgabe von Geld auftreten können. Unzweifelhaft profitieren die Banken von dem Quasi-Monopol, das ihnen der Staat bei der Verteilung und bei der Schaffung von Geld gegeben hat. Das Privileg, von der Zentralbank Geld leihen zu können zu einem Zins, der unter dem Marktzins liegt, müsste von den Banken in Form eines besonders systemkonformen (staatsähnlichen) Verhaltens „bezahlt“ werden, wie das

lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war. Auch aus diesem Grunde war die Liberalisierung des gesamten Finanzwesens in den vergangenen Jahrzehnten von vorneherein verfehlt.

Ob und inwieweit es heute noch ganz andere Verteilungseffekte gibt, die denen ähneln, die Richard Cantillon beschrieben hat (also Vorteile, die z.B. den Minenbesitzern zufließen, weil sie bei einer Geldvermehrung profitierten), lässt sich in einem Papiergeldsystem nicht leicht feststellen. Sicher hat der Staat permanente Mehreinnahmen durch die sogenannte Seignorage, also die Differenz zwischen den Kosten für die Herstellung des Geldes und dem Wert, den das Geld erhält, wenn der Staat die Papierscheine offiziell zum Zahlungsmittel macht. Aber das sollte in einer demokratischen Gesellschaft sozusagen als Ersatz für Steuereinnahmen akzeptabel sein.

Über den Autor



Heiner Flassbeck ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg, war Chef-Volkswirt der UNCTAD und Staatssekretär im BMF. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Globalisierung, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung und Geld- und Währungstheorie.

Veröffentlicht am: 17.09.2014 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/09/abo-artikel-unser-geldsystem-xxiv-free-banking-oder-die-entnationalisierung-des-geldes/>